

Der Innovationspark in Dübendorf ist einen Schritt weiter Seite 20

Der Zürcher Hafenanbau kommt in Teilen unters Volk Seite 21

Was macht ein ÖV-Profi ohne sein Generalabonnement? Seite 21

Grafische Sammlung des Zürcher Kunsthauses ist 100-jährig Seite 22

## «Nachvollziehbar und vertretbar gehandelt»

Nach der Kindstötung in Flaach findet die Justizdirektion keine Fehler bei der zuständigen Kesb

Aus Sicht der Justizdirektion hat die für den Fall Flaach zuständige Kesb nachvollziehbare Entscheide gefällt und diese der Mutter, die ihre Kinder tötete, zuvor auch ausführlich mündlich erläutert. Ein unabhängiges Gutachten wird nun erstellt.

Dorothee Vögeli

In einer ersten Einschätzung entlastet die Justizdirektion die nach der zweifachen Kindstötung in Flaach stark unter Beschuss geratene Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) Winterthur-Andelfingen: Die Heimplacierung des 5- und des 2-jährigen Kindes zum Zeitpunkt der Verhaftung der Eltern sei «geboden und korrekt» gewesen, schreibt sie in einer Medienmitteilung vom Freitag, in der sie die Ergebnisse der angeforderten Berichte kommuniziert. Auch der am 19. Dezember verfügte Entscheid, die Kinder sollten für die Dauer weiterer Abklärungen im Heim bleiben, ist aus Sicht der Aufsichtsbehörde «nachvollziehbar und vertretbar». Es habe Gründe gegeben, die Kinder für die Zeit der weiteren Abklärung nicht bei der Mutter oder den Grosseltern wohnen zu lassen.

### Persönlichkeitsschutz wahren

Laut Communiqué war es aber das Ziel der Kesb, die Kinder wieder in die Obhut der Kindsmutter zu geben. Dies habe ihr die Behörde mündlich erläutert und ausführlich zum Ausdruck gebracht. Während der Abklärungsphase habe sich die Kesb intensiv mit sämtlichen Beteiligten auseinandergesetzt und den Fall ordnungsgemäss abgeklärt; sie habe auch die Gemeinde Flaach korrekt ins Verfahren einbezogen. Wie die Justizdirektion weiter festhält, ergab sich aus den Akten kein Hinweis darauf, dass die Mutter die Kinder gefährden könnte. Auch gab es keine Anhaltspunkte, dass ein Pikettdienst die Tötung der Kinder hätte verhindern können. Weitergehende Informationen zum Inhalt des Berichts seien wegen des Persönlichkeitsschutzes und der laufenden Strafuntersuchung nicht möglich, hält



Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde wird entlastet.

CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

die Justizdirektion fest. Angesichts der ausserordentlichen Tragik der Ereignisse lässt sie nun aber unabhängige Fachleute die Vorkommnisse untersuchen. Sie beauftragte Kurt Affolter, Fürsprecher und ehemaliger Leiter des Vormundschaftsamts der Stadt Biel, sowie den Kinder- und Jugendpsychologen Martin Inversini mit einer interdisziplinären Beurteilung des behördlichen

Handelns. Das Fachgutachten soll vor den Sommerferien vorliegen.

Justizdirektor Martin Graf ist «dankbar», dass eine erste Klärung keine Mängel zutage gefördert hat. Während zweier Monate habe sich die Kesb Winterthur-Andelfingen fast täglich mit dem Fall befasst. Sie habe mit den Betroffenen intensive Gespräche geführt und die Gemeinde involviert, hält er auf

Anfrage fest. Für FDP-Fraktionspräsident Thomas Vogel bleiben trotzdem viele Fragen offen: «Ich weiss nicht, ob ich zur selben Einschätzung wie die Justizdirektion käme, wenn ich den Inhalt der Berichte kennen würde.» Laut Graf ist genau deshalb ein externes Gutachten angezeigt. Die ersten Abklärungen hätten nur formal beleuchtet, ob das Vorgehen der Kesb richtig oder falsch war. Vogel akzeptiert, dass die Berichte zur Wahrung des Persönlichkeitsschutzes und des Amtsgeheimnisses momentan unter Verschluss bleiben müssen. Er könnte sich aber vorstellen, dass die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Kantonsrats später Einblick nimmt. «Es würde die Glaubwürdigkeit der Ergebnisse stärken.» Vorerst gilt es jedoch auch aus seiner Sicht, die weiteren Untersuchungen abzuwarten.

### «Immer Vertrauen gehabt»

SVP-Fraktions-Chef Jürg Trachsel fordert schon jetzt eine Einsichtnahme der GPK. Seines Erachtens zeigen die Formulierungen der Medienmitteilung klare Vorbehalte der Justizdirektion. Diese habe die Heimplacierung zum Zeitpunkt der Verhaftung der Eltern als «geboden und korrekt» bezeichnet, den Entscheid vom 19. Dezember hingegen nur als «nachvollziehbar und vertretbar». Das heisse, dass die Kesb ganz klar anders hätte entscheiden können.

SP, Grüne und GLP zweifeln nicht an der Verlässlichkeit der von der Justizdirektion kommunizierten Ergebnisse. Der Befund decke sich mit seinen Erfahrungen im Umgang mit der Kesb Andelfingen-Winterthur, sagt SP-Fraktionschef Markus Späth, der für die Sozialbehörde Feuerthalen zuständig ist. Die Kesb Andelfingen-Winterthur arbeite seriös, die Kommunikation habe sich verbessert. Nachvollziehbar ist seines Erachtens auch die Erkenntnis, dass ein Pikettdienst in diesem Fall nichts gebracht hätte. Trotzdem wird sich die SP weiterhin für einen solchen einsetzen. «Ich habe immer Vertrauen in die Kesb gehabt», sagt GP-Fraktionspräsidentin Esther Guyer, die wie GLP-Fraktionschef Benno Scherrer über die Resultate nicht überrascht ist. «Politiker, die ihre Anliegen durchsetzen wollen, sprachen von groben Fehlern», so Scherrer.

BUNDESGERICHT

## Hirschmann ins Gefängnis

Revisionsgesuch abgelehnt

fon. · Carl Hirschmann kommt nicht darum herum, die ihm auferlegte Freiheitsstrafe zu verbüssen. Nach dem Zürcher Obergericht hat nun auch das Bundesgericht das Revisionsgesuch des Millionenerben abgelehnt. Damit ist in rechtlicher Hinsicht das letzte Wort in dieser Angelegenheit gesprochen, und dem Strafvollzug steht nichts mehr im Wege. Hirschmann war vom Obergericht Zürich 2012 wegen sexueller Nötigung und mehrfacher sexueller Handlungen mit einem Kind zu einer Freiheitsstrafe von 32 Monaten, davon 12 Monate unbedingte, verurteilt worden. Das Bundesgericht hatte dieses Urteil vor einem Jahr bestätigt.

Mit dem Revisionsgesuch wollte der ehemalige Klubbesitzer erwirken, dass seine Haftstrafe auf 18 Monate bedingt reduziert werde. Er machte geltend, dass neue, vor dem Strafteil eingetragene Beweismittel vorlägen, die eine wesentlich mildere Bestrafung rechtfertigten. Dabei ging es um zwei Briefe, die ihm eines seiner Opfer im Juli und im November 2014 geschrieben hatte.

Die junge Frau war von Hirschmann in einer Toilette eines Nachtclubs zu Oralverkehr gezwungen worden. Die Briefe sollten beweisen, dass er und die Frau an der Bar zuerst miteinander geflirtet hätten und sie ihm anschliessend freiwillig in die fragliche Toilette gefolgt sei im Wissen, dass er möglicherweise «mehr als nur reden» wolle. Auch habe sie seine Küsse zuerst aus freien Stücken erwidert.

Das Bundesgericht hält von diesen Vorbringungen nichts und erachtet sie mit Blick auf eine Revision des Urteils in keiner Weise für erheblich. Dass Hirschmann mit der Frau zu Beginn geflirtet habe, sei nicht neu. Und auch wenn sich das Opfer bewusst gewesen sein sollte, dass Hirschmann sich ihm nähern werde, ändere das an der Beurteilung des massiven sexuellen Übergriffs nichts Wesentliches, sagen die Lausanner Richter. Die Frau halte nach wie vor an ihrer Aussage fest, sie habe Hirschmann klargemacht, keinen Sex mit ihm zu wollen, und das gelte selbstredend auch für Oralsex.

Urteil 6B\_1222/2014 vom 20. 1. 15.

## Der Kampagnen- und Geldgeber-Verband

Seit Jahren baut der Kantonale Gewerbeverband (KGV) seinen parteipolitischen Einfluss aus

Aus dem einst biedereren Kantonalen Gewerbeverband ist eine mächtige politische Lobby-Vereinigung geworden. Die bürgerlichen Parteien sind ihm dankbar, dafür sind die Gemeindepräsidenten erzürnt.

Christina Neuhaus

Der Wandel begann mit einem Wechsel. Auf den soliden, behäbigen Hans-Peter Züblin folgte Robert E. Gubler als Präsident des Kantonalen Gewerbeverbandes (KGV). Der damals 52-jährige Kommunikationsfachmann machte gleich zu Beginn klar, was von ihm zu erwarten ist. «Bitte nicht Gewerbepolitik!», sagte er in einem seiner ersten Interviews nach der Wahl. Das töne ihm zu stark nach Heimatschutz.

### Jeder 3. Franken ins Lobbying

Mittlerweile ist Gubler vom KGV-Präsidenten zum Vorsteher des Wirtschaftsdachverbands Forum Zürich avanciert, in dem wiederum der KGV eine tragende Säule ist. Gemeinsam mit der Wirtschaftskammer und dem rei-

chen und mächtigen Zürcher Hauseigentümergeverband leistet der Gewerbeverband seit Jahren politische Lobbyarbeit. Beim letzten Zürcher Stadtratswahlkampf, der unter dem Titel «Top 5» die chronisch miteinander fremdelnden Zürcher Bürgerlichen zusammenbrachte, war er federführend. In endlosen Sitzungen und ausufernden Diskussionen mit zaudernden Exekutivmitgliedern formulierte man ein nichtssagendes Neun-Punkte-Programm, das allerdings den Vorteil hatte, dass SVP, FDP und CVP zum ersten Mal seit 20 Jahren einigermassen geeint in den Wahlkampf gingen und prompt einen Sitz dazuergewannen.

Auf rund 300 000 Franken schätzen Insider die Aufwendungen der Verbände für den Stadtratswahlkampf 2014. Beim diesjährigen Regierungswahlkampf, der ebenfalls unter dem Titel «Top 5» daherkommt, sollen es mindestens 500 000 Franken sein. Als Moderator und Tempomacher tritt wiederum Robert Gubler auf. Für die Plakatkampagne zeichnet der PR-Fachmann und Mitinhaber einer grossen Kommunikationsagentur allerdings nicht verantwortlich. Dafür wurde – wie bei den Stadtratswahlen – Alexander Segerts Agentur Goal beigezogen. Der zunch-



Robert Gubler

Ehemaliger KGV-Präsident

Hans Rutschmann

Jetziger KGV-Präsident

mende Wandel vom einst biedereren, mit internen Grabenkämpfen beschäftigten Gewerbevereins-Dachverband zu einer mächtigen Lobby-Vereinigung lässt sich auch an der Jahresrechnung ablesen. Ging 2010 noch ein Fünftel der Mitgliederbeiträge in die politische Arbeit, ist es heute mehr als ein Drittel. 2012 wurde der sogenannte Aktionsfonds um 280 000 Franken geäuft. Die Bilanz 2013 weist unter diesem Titel nun knapp 750 000 Franken aus. Im Berufsförderungsfonds liegen verhältnismässig bescheidene 220 000 Franken.

So dominant die politische Arbeit des KGV mittlerweile auch ist, umstritten ist sie nicht. Die Initiative «Ja zu fairen Gebühren», die der Gewerbe-

verband gemeinsam mit dem Hauseigentümergeverband lancierte, fand zwar die Zustimmung der bürgerlichen Kantonsratsmehrheit, seither laufen aber die Gemeinden Sturm. 81 von 169 Gemeinden ergriffen dagegen das Gemeinderferendum. Die Initianten sahen sich deshalb genötigt, mit einem offenen Brief an die Gemeinden in die Offensive zu gehen (NZZ 17. 1. 15). Dies wiederum ging dem Gemeindepräsidentenverband dermassen gegen den Strich, dass er das Vorgehen des KGV am Freitag an einer Sitzung thematisierte. Gegen aussen wollen sich die Gemeindevertreter zwar mit Kritik zurückhalten, ein gewisses Befremden über die Prioritätenliste des KGV können sie aber nicht verhehlen. In den Gemeinden seien die Gebühren – anders als etwa in der Stadt Zürich oder auf nationaler Ebene – kein grosses Thema gewesen. Zudem habe sich bisher vor allem der Hauseigentümergeverband mit dem Thema befasst.

Hat der Kantonale Gewerbeverband also den Bodenkontakt verloren? Legt er das Gewicht zu einseitig auf das gemeinsam mit den anderen Wirtschaftsverbänden betriebene Polit-Lobbying? Hans Rutschmann, der Nachfolger Gublers an der Verbandsspitze, ver-

neint. Dass der KGV die politische Arbeit in den letzten zehn Jahren intensiviert hat, begründet er mit den veränderten politischen Verhältnissen. Die KMU seien in den Bereichen Raumplanung, Grundeigentum und Steuern zunehmend mit Forderungen konfrontiert, gegen die man sich wehren müsse.

### «Vernetzung, kein Filz»

Die an italienische Grossfamilien gemahnenden Verhältnisse der Zürcher Wirtschaftsverbände, wo der Onkel des Cousins gleichzeitig der Pate der Schwester ist, erklärt er mit dem Wesen des Milizsystems. Dass er selbst als Beirat im HEV sitzt, während etwa Gubler gleichzeitig Forums-Präsident und Ehrenpräsident des KGV ist, sei ein Resultat guter Vernetzung, kein Filz.

Tatsächlich ist die Trübung zwischen dem KGV und den Gemeindepräsidenten wohl vergänglicher Natur. Dass man sich in den Gemeinden mit ihren engen Kontakten zu den lokalen Gewerbebetreibern über das politische Agenda-Setting des Gewerbeverbandes wundert, ist allerdings auch ein Symptom des Wandels: Aus dem Kantonalen Gewerbeverband ist längst ein Kampagnen- und Geldgeber-Verband geworden.